

## A1 Internationale Institutionen

Antragsteller\*in: Ingo Henneberg, Melanie Müller  
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsbehandlung

### Antragstext

1 Streichungen kursiv/unterstrichen, Einfügungen **fett/unterstrichen**

- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10
- 11
- Z. 302 Die EU muss global als Friedensmacht Verantwortung übernehmen. Vor allem, wenn die Vereinten Nationen blockiert sind, muss sie für die Wahrung der Allgemeinen Menschenrechte, die UN-Konventionen sowie die Paris-Deklaration und die Agenda 2030 in möglichst transparenten und inklusiven internationalen Zusammenschlüssen agieren. Dazu zählen zum Beispiel die G-7 und G-20, die NATO, das transatlantische Bündnis und themenspezifische Allianzen. Die Bildung flexibler Koalitionen, **Kontaktgruppen** und Allianzen sollte aber auch in bestehende Partnerschaften und Kooperationsformate eingebettet sein (z.B. AU-EU-Partnerschaft, Allianz für Multilateralismus) und offen gestaltet werden.

### Begründung

- a) Präzisierung: Der Begriff "Allgemeine Menschenrechte" wird so nicht verwandt, allenfalls sollten man von universiellen Menschenrechten sprechen. Allgemeine Menschenrechte scheint einen Bezug auf die allgemeine Erklärung der Menschenrechte zu sein, dies grenzt den Korpus an Rechten allerdings unnötig ein.
- b) Ergänzung: Internationale Kontaktgruppen sind heute ein wichtiges instrument informellen internationalen Krisenmanagements und ein Möglichkeit sehr unterschiedliche/ sogar gegnerischen Akteure einzubinden, ein Umstand der in Zeiten von potentiell blockierten UN besonders wichtig ist.

## A2 Abrüstung und Rüstungskontrolle

Antragsteller\*in: Imke Kügele, Sonja Schiffers, Winfried  
Nachtwei, Daniel Hecken  
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsbehandlung

### Antragstext

1 Streichungen *kursiv/unterstrichen*, Einfügungen **fett/unterstrichen**

2 Zeile 32 ff.:

3 Gleichzeitig werden wir von unseren tiefsten Überzeugungen als Friedenspartei  
4 nicht abrücken. Auch wenn militärische Mittel *aktuell* zur Verteidigung **und**  
5 **Wiederherstellung** des Friedens und zur Solidarität mit den Menschen in der  
6 Ukraine unausweichlich sind, stehen wir im Sinne einer feministischen  
7 Außenpolitik langfristig **auch** für die Prinzipien von Abrüstung,  
8 **Vertrauensbildung** und *Demilitarisierung***Rüstungskontrolle** sowie den Vorrang des  
9 Zivilen ein. Feministische Außenpolitik liegt die Überzeugung zugrunde, dass  
10 Geschlechtergerechtigkeit und gleichberechtigte Teilhabe Voraussetzungen für  
11 nachhaltigen Frieden und Sicherheit in der Welt sind. Unsere Bemühungen zur  
12 Stärkung von Initiativen zur atomaren Abrüstung und zur Rüstungskontrolle müssen  
13 wir gerade in diesen stürmischen Zeiten erhöhen. In unserem Streben nach einer  
14 Welt ohne Atomwaffen werden wir nicht nachlassen.

15 Zeile 368:

16 *Vorrang für Abrüstung und Rüstungskontrolle***Neue Impulse für Abrüstung und**  
17 **Rüstungskontrolle**

18 Zeile 369 ff.:

19 *Der Vorrang für***Der Einsatz für** Abrüstung, **Vertrauensbildung** und  
20 Rüstungskontrolle war, ist und bleibt das zentrale Merkmal von BÜNDNIS 90/DIE  
21 GRÜNEN als Friedenspartei. *Dies gilt für alle Waffensysteme, ob nuklear,*  
22 *kleinkalibrig oder digital.* Wir sehen die Gefahr regionaler und internationaler  
23 Aufrüstungsspiralen, die oft Eskalationsdynamiken und Unsicherheit befeuern,  
24 **sowie die Herausforderungen durch die Erosion von Abrüstungs- und**  
25 **Rüstungskontrollverträgen und technologischer Entwicklungen – von neuartigen**

26 **Waffensystemen, über den Cyberbereich bis hin zur militärischen Nutzung des**  
27 **Weltraums.** Daher wollen wir gerade in unsicheren Zeiten **die** Rüstungskontrolle =  
28 **auch für digitale Güter –** stärken, Abrüstungsinitiativen wiederbeleben und, wo  
29 möglich, neue anstoßen **und mit Blick auf den Cyberbereich und darüber hinaus**  
30 **auch nichtstaatliche Akteure mit in den Blick nehmen.** Die Stärkung des Vertrags  
31 zur Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) muss im Zentrum unserer Bemühungen  
32 bleiben. Der Atomwaffenverbotsvertrag, bei dem Deutschland einen  
33 Beobachterstatus innehat, stellt eine wichtige Ergänzung des NVV dar. Trotz der  
34 enormen Herausforderungen durch die aktuelle Lage müssen wir uns zudem für ein  
35 Nachfolgeabkommen zum New-START-Vertrag einsetzen. Das Ziel unserer Bemühungen  
36 bleibt eine atomwaffenfreie Welt.

### **Begründung**

1. Militärische Mittel bzw. ihre Vorhaltung sind nicht nur aktuell sondern auch zukünftig (mit Blick auf mehrere Generationen) unausweichlich. Wir Grüne stehen zur Bundeswehr sowie zur militärischen Beistandsverpflichtung in EU und NATO, so dass eine Demilitarisierung dem entgegen steht. Im Sinne einer kohärenten feministischen Außenpolitik braucht es dabei keiner Abgrenzung zu militärischen Mitteln, sondern deren Integration als Ultim-Ratio in einen gesamtheitlichen Ansatz.
2. Technologische Entwicklungen, zum Beispiel in den Bereichen Künstliche Intelligenz, Autonomie, Robotik, Cyber, Hyperschallflugkörper und Weltraum, und deren militärische Nutzung gehen einher mit neuen Herausforderungen für Rüstungskontrolle, Nichtverbreitung und Vertrauensbildung. Hier gilt es neue Wege zu finden und insbesondere auch zu versuchen, nichtstaatliche Akteure in den Blick zu nehmen (besonders im Cyberbereich).

### **A3 Sinn der Streitkräfte**

Antragsteller\*in: Imke Kügele, Winfried Nachtwei, Ingo  
Henneberg, Daniel Hecken  
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsbehandlung

#### **Antragstext**

1 Streichungen *kursiv/unterstrichen*, Einfügungen **fett/unterstrichen**

2 Zeile 132 ff.:

3 Wir schreiben kollektive Sicherheit groß; gerade unsere Bündnisse und  
4 Partnerschaften haben uns in den letzten Jahren den historisch einzigartigen  
5 Frieden in Europa gebracht. *Dazu gehört die Bündnis- und Europafähigkeit der*  
6 *Streitkräfte.***Um diesen zu sichern, braucht es auch gut ausgestattete,**  
7 **interoperable, bündnisfähige und stärker integrierte Streitkräfte.** Als Partei  
8 haben wir in unserer Geschichte gelernt, dass in einzelnen Fällen die  
9 Unterlassung militärischen Beistands zu weit größerem Leid führen kann. Die  
10 Anwendung militärischer Gewalt bleibt Ultima Ratio. *Militär bringt niemals die*  
11 *Lösung, aber es schafft manchmal Zeitfenster, in denen Konflikte im Rahmen einer*  
12 *regelbasierten Weltordnung politisch gelöst werden können.***Militär kann jedoch**  
13 **ein Zeitfenster für politische Lösungen und die Konfliktbearbeitung schaffen,**  
14 **sowie potentielle Aggressoren abschrecken.** Im Sinne der menschlichen  
15 Schutzverantwortung der Vereinten Nationen verpflichten wir uns, Menschen vor  
16 schwersten Menschenrechtsverletzungen zu schützen. Dabei wenden wir eine  
17 Kombination aus Maßnahmen zur Krisenprävention, Krisenreaktion und  
18 Krisennachsorge bzw. Wiederaufbau an.

#### **Begründung**

Als Grüne erkennen wir die Notwendigkeit der Streitkräfte sowie ihre Einbindung in unsere Bündnisse an. Daher ist es auch unsere Aufgabe, den Sinn von Streitkräften politisch zu vermitteln sowie zugleich deutlich zu machen, wie sich diese in die Bündnisse eingliedern sollen. Diesem trägt der Antrag, im Gegensatz zur vorherigen Formulierung des Leitantrages, Rechnung. Darüber hinaus spielt Militär im Rahmen der kollektiven Sicherheit und insbesondere der kollektiven Verteidigung, nicht nur durch dessen möglichen Einsatzes, sondern auch im Rahmen einer glaubwürdigen Androhung seines Einsatzes eine Rolle.

## A4 Gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge und Bundeswehr

Antragsteller\*in: Imke Kügele, Winfried Nachtwei, Daniel  
Hecken  
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsbehandlung

### Antragstext

1 Streichungen *kursiv/unterstrichen*, Einfügungen **fett/unterstrichen**

2 Zeile 142 ff.:

3 Angesichts unseres umfassenden Sicherheitsbegriffs reicht ein Sondervermögen für  
4 die Bundeswehr allein nicht aus, **sondern es braucht zusätzliche Anstrengungen in**  
5 **der gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge**. Wir setzen uns daher weiterhin für  
6 den Ausbau der Kapazitäten für zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung,  
7 Diplomatie und humanitäre Hilfe, die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik  
8 sowie für Stabilisierung und Entwicklungszusammenarbeit ein. Das Sondervermögen  
9 für die Bundeswehr schafft jedoch notwendige Finanzspielräume, **die es auch**  
10 **zukünftig gesichert und planbar** dringend braucht, damit die Bundeswehr *ihren*  
11 **Beitrag ihre Beiträge** zur Landes- und Bündnisverteidigung im Rahmen der NATO **und**  
12 **EU, zur Förderung von kollektiver Sicherheit und Stabilität und der**  
13 **partnerschaftlichen Abwehr sicherheitspolitischer Bedrohungen für Staat,**  
14 **Gesellschaft und Welthandels- und Versorgungswege, zur Stärkung**  
15 **gesamtstaatlicher und gesamtgesellschaftlicher Resilienz und Handlungsfähigkeit**  
16 **sowie zur Förderung der europäischen Integration, transatlantischen**  
17 **Partnerschaft und multinationalen Zusammenarbeit** besser und unter neuen  
18 Vorzeichen auch schneller **auftragsgerecht** leisten kann, *ohne dass die Mittel im*  
19 *Haushalt für den notwendigen ökologisch-sozialen Umbau unserer Gesellschaft*  
20 *fehlen.*

21 Zur notwendigen Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit gehören **neben**  
22 **der Ertüchtigung von Partnerstaaten** auch **gesamtstaatliche** Maßnahmen **zur wie die**  
23 Cybersicherheit, die Ertüchtigung von **Infrastrukturen und Versorgungsstrukturen,**  
24 **der Abbau bürokratischer Hemmnisse und die Ertüchtigung des Zivil- und**  
25 **Heimatschutzes** *Partnerstaaten und der Zivilschutz*. Eine ausreichende  
26 Bereitstellung von entsprechenden Mitteln aus dem Bundeshaushalt ist hierfür von  
27 großer Wichtigkeit. Besonders gilt es, die nachhaltige Stärkung der Resilienz  
28 unserer Gesellschaft in den Blick zu nehmen.

29 Zeile 400 ff.:

30 Um das beschlossene Sondervermögen sinnvoll nutzen zu können, müssen das  
31 Beschaffungswesen reformiert und die, Beschaffungsmaßnahmen beschleunigt **und**  
32 **substanzielle Strukturmaßnahmen zur Steigerung der Einsatzfähigkeit, Agilität**  
33 **und Effizienz umgesetzt** werden. Das beschlossene  
34 Beschaffungsbeschleunigungsgesetz ist hierfür ein erster wichtiger Schritt.  
35 Weitere Schritte in Richtung vertiefter europäischer Zusammenarbeit müssen  
36 folgen. Vor diesem Hintergrund ist auch die Stärkung eines eigenständigen  
37 europäischen Rüstungssektors von Bedeutung. Dazu gehört insbesondere die  
38 Konsolidierung der europäischen Rüstungsindustrie – und dass Beschaffungen  
39 europäisch gedacht werden sollten, denn nationale Alleingänge sorgen nicht nur  
40 für höhere Preise, sondern auch für eine geringe Kompatibilität und  
41 Interoperabilität zwischen den Streitkräften.

## **Begründung**

Es bedarf gesamtstaatlicher Anstrengungen zur um die Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit widerzuerlangen sowie international zu Sicherheit und Stabilität beizutragen. Dabei ist die stetige Kritik, dass nicht klar sei, welchen Auftrag die Bundeswehr in diesem Rahmen habe, so dass es geboten ist, diesen hier in den wesentlichen Punkten darzustellen. Darüber hinaus bedarf es neben der Steigerung der Kapazitäten für die zivile Konfliktbearbeitung ressorübergreifender Anstrengungen z.B. mit Blick auf die Infrastruktur, bürokratische und föderale Prozesse aber auch den Zivil- und Heimatschutz.

## A5 Ukraine konsequent unterstützen

Antragsteller\*in: Sprecher\*innenteam

Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsbehandlung

### Antragstext

1 Streichungen *kursiv/unterstrichen*, Einfügungen **fett/unterstrichen**

2 Z. 24 ff.:

3 Der russische Angriffskrieg in der Ukraine führt uns vor Augen, wie fatal es  
4 ist, wenn wir uns von Autokraten und außenpolitisch aggressiven Akteuren  
5 abhängig machen. Und wir stellen fest, wie existentiell eine ausreichende zivile  
6 und militärische Wehrhaftigkeit ist. *Deshalb liefern wir Waffen an die Ukraine*  
7 *und wollen das auch weiterhin verstärkt tun, wo nötig auch aus den Beständen der*  
8 *Bundeswehr und der Industrie.* **Deshalb halten wir unsere Versprechen und werden**  
9 **die zugesagten Waffenlieferungen des Bundestagsentschlusses vom 28. April 2022**  
10 **unverzüglich in die Ukraine liefern, sowie den EU-Partner\*innen das zugesagte**  
11 **Gerät im Rahmen der sogenannten Ringtauschlieferungen zeitnah ersetzen - wo**  
12 **nötig auch aus den Beständen der Bundeswehr. Parallel halten wir die bereits**  
13 **existierenden Sanktionen gegen Russland aufrecht und setzen uns auf EU-Ebene**  
14 **gemeinsam mit den anderen EU-Staaten für eine einheitliche Verschärfung der EU-**  
15 **Sanktionen gegen Russland ein. Wir werden die Ukraine - Staat, Bevölkerung und**  
16 **Zivilgesellschaft - auch in Zukunft mit aller Kraft finanziell, humanitär und**  
17 **mit militärischer Ausrüstung unterstützen.** Zur Wehrhaftigkeit gehört auch unsere  
18 Mitgliedschaft in der NATO. Mit ihrer Beistandsverpflichtung garantiert sie als  
19 multilaterales Verteidigungsbündnis unverzichtbaren Schutz für die gemeinsame  
20 Sicherheit Europas und unserer Verbündeten.

### Begründung

Ergänzung aufgrund des Beschlusses der BAG Frieden & Internationales vom 27.08.2022

## A6 Erweiterter Sicherheitsbegriff

Antragsteller\*in: Gerrit Kurtz, Sarah Brockmeier, Melanie Müller  
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsbehandlung

### Antragstext

1 Streichungen *kursiv/unterstrichen*, Einfügungen **fett/unterstrichen**

- 2
- 3 • *Z.72: Unser umfassender Sicherheitsbegriff bietet ein effektives*  
4 *Instrument zur Prävention und Bearbeitung von Konflikten und Krisen sowie*  
5 *zur Überwindung struktureller Gewalt. Wir denken dabei Sicherheit vom*  
6 *Menschen aus, der mit seiner Würde und Freiheit im Zentrum unserer Politik*  
7 *steht. Hierbei holen wir in Deutschland lange Versäumtes nach und nehmen*  
8 *auch vergleichsweise neue sicherheitspolitische Bedrohungen sehr*  
9 *entschlossen in den Blick. Die Stärkung der Menschenrechte, die Prävention*  
10 *von Krisen und das gewaltfreie Handeln im Umgang mit Konflikten stehen*  
11 *immer im Zentrum unserer Außen- und Sicherheitspolitik.*
- 12 • Neue Formulierung: **Unsere Außen- und Sicherheitspolitik bleibt geleitet**  
13 **vom Konzept der menschlichen Sicherheit. Wir denken Sicherheit von jedem**  
14 **einzelnen Menschen aus, dessen Würde und Freiheit im Zentrum unserer**  
15 **Politik stehen. Alle Menschen sollen frei von Furcht und Not leben können.**  
16 **Wir integrieren endlich die sicherheitsrelevanten Aspekte aller Ressorts,**  
17 **einschließlich Klimasicherheit, Ernährungssicherheit, digitale Sicherheit**  
18 **und die Sicherheit kritischer Infrastruktur, welche militärische Landes-**  
19 **und Bündnisverteidigung, zivile Konfliktbearbeitung, Diplomatie und**  
20 **Entwicklungszusammenarbeit ergänzen. Überall setzen wir uns für den**  
21 **Vorrang der Prävention von Krisen, die Stärkung der Menschenrechte und die**  
**Überwindung struktureller Gewalt ein.**

### Begründung

- Der Absatz ist verwirrend formuliert und wiederholt sich teilweise. Ein Begriff an sich ist noch kein Instrument zur Prävention und Bearbeitung von Krisen. Außerdem wird nicht erläutert, was denn bisher versäumt wurde und was jetzt an neuen Bedrohungen angegangen werden soll. Der letzte Satz wiederholt Teile des ersten Satzes zu Prävention und könnte für Außenstehende mit dem Begriff des "gewaltfreien Handelns" Verwirrung stiften - wir setzen uns ja u.a. für den Einsatz militärischer Gewalt



zur Selbstverteidigung der Ukraine ein.

- Der Antrag schlägt daher eine Umformulierung dieses Absatzes vor, welcher sich an der Überschrift der Abschnitts und bisherigen Programmen orientiert. Wichtig ist insbesondere der Unterschied zwischen menschlicher Sicherheit (Subjekt) und integrierter bzw. umfassender Sicherheit (Geltungsbereich). Die nationale Sicherheitsstrategie soll ja von einem "integrierten Sicherheitsbegriff" ausgehen, daher wäre es angezeigt, diesen hier auch zu verwenden - vermutlich war das auch mit "lange Versäumtes" gemeint.

## **A7 Völkerrecht (Redaktionelle Änderung)**

Antragsteller\*in: Sarah Brockmeier, Ingo Henneberg  
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsbehandlung

### **Antragstext**

1 Streichungen *kursiv/unterstrichen*, Einfügungen **fett/unterstrichen**

- 2 • Z. 60: Als Grüne treten wir entschlossen für die *in der Charta der*  
3 *Vereinten Nationen verankerten* Prinzipien des internationalen Rechts ein.

### **Begründung**

Dies ist eine unnötige und vermutlich unbewusste Einschränkung, die Prinzipien des internationalen Rechts gehen weit über die UN-Charta hinaus bzw. sind teilweise sogar älter bzw. ihr vorgelagert - diese wollen Grüne natürlich auch weiterhin unterstützen.

## **A8 Schutzverantwortung (Redaktionelle Änderung)**

Antragsteller\*in: Sarah Brockmeier, Gerrit Kurtz, Ingo  
Henneberg  
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsbehandlung

### **Antragstext**

1 Streichungen kursiv/unterstrichen, Einfügungen **fett/unterstrichen**

2 Z. 138: Im Sinne der menschlichen Schutzverantwortung der Vereinten Nationen  
3 verpflichten wir uns, Menschen vor schwersten Menschenrechtsverletzungen zu  
4 schützen.

### **Begründung**

Präzisierung, es gibt keine "menschliche Schutzverantwortung" sondern nur die Schutzverantwortung (Responsibility to Protect), bzw. eine internationale Schutzverantwortung.

## A9 Unterstützung der ukrainischen Offensive

Antragsteller\*in: Maximilian Gercke, Sonja Schiffers  
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsbehandlung

### Antragstext

1 Streichungen *kursiv/unterstrichen*, Einfügungen **fett/unterstrichen**

2 Z. 24: Der russische Angriffskrieg in der Ukraine führt uns vor Augen, wie fatal  
3 es ist, wenn wir uns von Autokraten und außenpolitisch aggressiven Akteuren  
4 abhängig machen. Und wir stellen fest, wie existentiell eine ausreichende zivile  
5 und militärische Wehrhaftigkeit ist. Deshalb liefern wir Waffen an die Ukraine  
6 und wollen das auch weiterhin verstärkt tun, wo nötig auch aus den Beständen der  
7 Bundeswehr und der Industrie. **Das Ziel unserer Unterstützung ist es, der Ukraine**  
8 **zu ermöglichen, die russischen Truppen von ihrem Territorium zu vertreiben.**  
9 **Daher liefern wir Kyjiw die angefragten Kampf- und Schützenpanzer, welche**  
10 **dringen hierfür benötigt werden und setzen uns im Rahmen des Ringtausches für**  
11 **Lieferungen dieser Systeme durch unsere Partner\*innen ein.** Zur Wehrhaftigkeit  
12 gehört auch unsere Mitgliedschaft in der NATO. Mit ihrer Beistandsverpflichtung  
13 garantiert sie als multilaterales Verteidigungsbündnis unverzichtbaren Schutz  
14 für die gemeinsame Sicherheit Europas und unserer Verbündeten.

### Begründung

Sollte die Ukraine die russischen Truppen nicht von ihrem Territorium vertreiben können, wäre die Folge eine permanente Konfliktlinie entlang einer geteilten Ukraine und ein (Teil-)Sieg Putins. Es ist daher nicht genug, der Ukraine nur Haubitzen und Panzerabwehrwaffen zu liefern - auch wenn dies ein großer Schritt für uns war. Selbstverteidigung heißt auch, den Angreifer zurückzutreiben. Ziel unserer wertgeleiteten Außenpolitik muss es daher sein, die Ukraine auch in ihren Offensiven zu unterstützen, mit denen sie die russischen Truppen endgültig zurückschlägt. Hierfür müssen wir auch Kampf- und Schützenpanzern liefern und unseren Partner\*innen durch den Ringtausch ermöglichen, dies ebenfalls zu tun.

## **A10 Konkretisierung der Mittel für zivile friedensfördernde Maßnahmen**

Antragsteller\*in: Ottmar von Holtz, Melanie Müller, Sarah  
Brockmeier, Ingo Henneberg, Gerrit Kurtz  
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsbehandlung

### **Antragstext**

1 Streichungen *kursiv/unterstrichen*, Einfügungen **fett/unterstrichen**

2 Zeile 94ff (FS) Mittel für zivile friedensfördernde Maßnahmen – beispielsweise  
3 im Rahmen der zivilen Krisenprävention, partnerschaftlicher  
4 Entwicklungszusammenarbeit, humanitärer Hilfe oder zivilgesellschaftlicher  
5 Kooperationen wie Austauschprogrammen und dekolonialen Initiativen **sowie der**  
6 **auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik und der Friedens- und Konfliktforschung**  
7 – müssen gerade angesichts der aktuellen Weltlage umfassend und adäquat  
8 aufgestockt werden. Dies gilt auch für Frühwarnsysteme für Konflikte und  
9 gestärkte Analysefähigkeit. **Vor allem die institutionelle Förderung in diesem**  
10 **Bereich, wie die des Zivilen Friedensdienstes, des DAAD oder der Deutschen**  
11 **Stiftung Friedensforschung brauchen eine Wachstumsperspektive. Zudem müssen wir**  
12 **die Verpflichtung in den Leitlinien Krisenprävention für mehr**  
13 **Öffentlichkeitsarbeit für Friedensförderung endlich erfüllen.** Durch solche  
14 zivile Maßnahmen können strukturelle Marginalisierungen, Konflikte und damit  
15 menschliches Leid in ihrer Intensität langfristig reduziert oder gar verhindert  
16 werden. Dies führt zu nachhaltiger Stabilisierung und einer Verbesserung der  
17 Menschenrechtslage in den betroffenen Staaten und Regionen.

### **Begründung**

Bisher ist der Absatz ziemlich allgemein gehalten. Mittel für zivile Konfliktbearbeitung steigen bisher weiter, für humanitäre Hilfe und EZ jedoch nicht. Gerade beim Erfolgsmodell des ZFD stocken die Mittel jedoch, daher sollte dieser hier explizit erwähnt werden. Hinzu kommt, dass das Bundeskabinett starke Kürzungen in der institutionellen Förderung des DAAD und weiterer Träger der AKBP beschlossen hat,  
[https://www.daad.de/de/der-daad/kommunikation-publikationen/presse/pressemitteilungen/daad-vor-grossen-einschnitten\\_juli22/](https://www.daad.de/de/der-daad/kommunikation-publikationen/presse/pressemitteilungen/daad-vor-grossen-einschnitten_juli22/)

## A11 Zusammenarbeit mit Taiwan intensivieren

Antragsteller\*in: Marcel Ernst, Melanie Müller, Ottmar von  
Holtz, Sebastian Stölting  
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsbehandlung

### Antragstext

1 Streichungen *kursiv/unterstrichen*, Einfügungen **fett/unterstrichen**

2 Z. 347ff: Die Hegemonie-Ambitionen Chinas und seine aggressive Außenpolitik  
3 berühren unsere Werte und Interessen wie auch unsere Sicherheit. China negiert  
4 in vielen Bereichen die internationale Rechtsordnung. Die Niederschlagung der  
5 Demokratie-Bewegung in Hongkong, die aggressiven Drohungen gegen Taiwan, die  
6 schweren Menschenrechtsverbrechen gegen die Uigur\*innen und die aggressive  
7 Expansionspolitik im südchinesischen Meer sind dafür exemplarisch. China  
8 versucht zudem immer öfter, seine wirtschaftliche Kraft zur Schaffung von  
9 Abhängigkeiten zu nutzen. Dem treten wir entschlossen entgegen. Dafür müssen wir  
10 auch national unsere Abhängigkeiten überprüfen und auf eine **europäische**  
11 Strategie der wirtschaftlichen Diversifizierung setzen. **Im Rahmen der**  
12 **europäischen Ein-China-Politik wollen wir die wirtschaftliche und politische**  
13 **Zusammenarbeit mit Taiwan zum Nutzen beider Seiten intensivieren. Dazu gehören**  
14 **ein Abkommen über resiliente Lieferketten und ein bilaterales**  
15 **Investitionsabkommen. Wir betonen, dass eine Änderung des Status Quo in der**  
16 **Taiwanstraße nicht einseitig und nicht gegen den Willen der Bevölkerung Taiwans**  
17 **stattfinden darf. Wir unterstützen Taiwans relevante Beteiligung an der Arbeit**  
18 **internationaler Organisationen wie der WHO, WHA, ICAO oder Interpol.** Unter  
19 Berücksichtigung der systemischen Rivalität sind wir, wo möglich, zur  
20 Zusammenarbeit bereit und scheuen dabei nicht den Wettbewerb.

21 Russland und China weisen beide, trotz erheblicher Interessensunterschiede, eine  
22 gemeinsame autokratische **und totalitäre** Haltung auf, die die völkerrechtlich  
23 verbriefte Gleichberechtigung aller Staaten ablehnt.

### Begründung

mündlich

## **A12 Völkerrechtliche Präzisierung: Rüstungsexportpolitik**

Antragsteller\*in: Ingo Henneberg, Marcel Ernst, Sarah  
Brockmeier  
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsbehandlung

### **Antragstext**

1 Streichungen *kursiv/unterstrichen*, Einfügungen **fett/unterstrichen**

2 Z. 388: Unter dieser Maßgabe bedeutet das Selbstverteidigungsrecht **im**  
3 **Völkerrecht** (kodifiziert u.a. in Art. 51 der UN-Charta) für uns als  
4 Friedenspartei, dass Staaten **und de-facto Staaten**, die bedroht oder angegriffen  
5 werden, auch mit der Lieferung von Waffen unterstützt werden können.

### **Begründung**

Völkerrechtliche Präzisierung: Das völkerrechtliche (auch völkergewohnheitsrechtlich geltende) Selbstverteidigungsrecht geht der UN-Charta vor ("Diese Charta beeinträchtigt im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen keineswegs das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung,[...]" Art. 51, Satz 1, UN-Charta) und gilt auch für Staaten oder de-facto Regime die nicht selbst Mitglied der UN sind. Zwar wäre völkerrechtlich der Begriff "de-facto Regime" korrekter, aufgrund der missverständlichen Wahrnehmung des politikwissenschaftlichen/völkerrechtlichen Fachbegriffs Regime verzichten wir jedoch bewusst darauf.

## **A13 NATO, Transatlantische Beziehung - Wertebündnis, kritisch weiterentwickeln**

Antragsteller\*in: Sebastian Stöling, Melanie Müller, Imke Kügele  
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsbehandlung

### **Antragstext**

1 Streichungen kursiv/unterstrichen, Einfügungen **fett/unterstrichen**

2 Z. 273 ff

3 Die NATO ist gerade in dieser neuen Zeit eine unverzichtbare Akteurin für unsere  
4 Sicherheit. Das Zusammenrücken angesichts des russischen Angriffskriegs auf die  
5 Ukraine darf jedoch nicht über Spannungen innerhalb des Bündnisses  
6 hinwegtäuschen. Es gilt, den demokratischen europäischen Pfeiler in der neuen,  
7 erweiterten NATO zu stärken. **Die EU und ihre Mitgliedstaaten übernehmen mehr**  
8 **außen- und sicherheitspolitische Verantwortung. Das gilt insbesondere für die**  
9 **Sicherheit der östlichen Nachbarländer der EU wie auch der baltischen Staaten**  
10 **und Polens.** Die transatlantische Partnerschaft mit den USA bleibt dabei  
11 zentraler Stützpfeiler **unserer und europäischer Außen- und Sicherheitspolitik.**  
12 *Doch diese Stärke hängt auch von der weiteren innenpolitischen Entwicklung der*  
13 *US-Demokratie ab.* **Die Stärke unserer Werte- und Verteidigungsgemeinschaft misst**  
14 **sich auch an der in ihr gelebten Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und überzeugend**  
15 **umgesetztem Multilateralismus. Wir setzen uns für den weltweiten**  
16 **Menschenrechtsschutz, die Weiterentwicklung internationaler Rechtsnormen,**  
17 **globale Rüstungskontrolle, eine regelbasierte Weltordnung und die Stärkung einer**  
18 **verantwortungsbewussten Handelspolitik ein.** *Auch sind die* **Die** wiederholten  
19 völkerrechtswidrigen Interventionen der Türkei gegen die Kurd\*innen in Syrien  
20 und im Irak wie auch der Abbau der eigenen Rechtsstaatlichkeit **sind** mit dem  
21 Anspruch der NATO als Wertebündnis nicht vereinbar.

### **Begründung**

Betonung der eigenen sicherheitspolitischen Anstrengungen der EU Länder  
Kritische Auseinandersetzung mit der wichtigen Transatlantischen Partnerschaft  
Sie ist eine Wertegemeinschaft, mit klaren Zielen.



## A14 Menschenrechte in Russland

Antragsteller\*in: Sonja Schiffers, Holger Haugk, Viola von  
Cramon, Ottmar von Holtz, Marcel Ernst,  
Maximilian Gercke  
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsbehandlung

### Antragstext

1 Streichungen kursiv/unterstrichen, Einfügungen **fett/unterstrichen**

2 Z. 339 ff.: Das revisionistische Russland unter Vladimir Putin stellt eine  
3 Bedrohung der Sicherheit und Freiheit der Menschen in Europa dar. Wir suchen  
4 nicht die Konfrontation, sondern sind zu Kommunikation, gezielter Kooperation,  
5 zum Risikomanagement, zur Eskalationsvermeidung und Transparenz der Beziehungen  
6 bereit. Trotzdem waren wir immer wieder zu einem Dialog mit Russland bereit, sind  
7 mit diesem Ansatz jedoch gescheitert. Ein Partner wird Russland für uns aber  
8 künftig nur in dem Maße sein können, wie es sich an internationales Recht hält.  
9 Unser Leitbild ist das gleiche Recht aller Staaten, wie es die UN-Charta  
10 vorsieht. Dabei treten wir für die Souveränität und territoriale Integrität  
11 aller Länder ein und lehnen die imperiale Idee von Einflusszonen ab. Einer  
12 Ideologie, die auf das Recht des Stärkeren setzt, setzen wir die Herrschaft des  
13 Rechts entgegen. Wir zeigen uns solidarisch mit denjenigen, die dem zunehmenden  
14 Totalitarismus trotzen und sich trotz der Repressionen für ein Russland  
15 einsetzen, das Frieden und Menschenrechte respektiert, anstatt sie mit Füßen zu  
16 treten.

### Begründung

- "Wir suchen nicht die Konfrontation, sondern sind zu Kommunikation, gezielter Kooperation, zum Risikomanagement, zur Eskalationsvermeidung und Transparenz der Beziehungen bereit." - Das ist unnötig defensiv und die Betonung der "gezielten Kooperation" unangebracht, während Russland weiter laufend Verbrechend in der Ukraine begeht und ohnehin zu keiner ernsthaften Kooperation bereit ist. Stattdessen sollten wir uns unser Scheitern ehrlich eingestehen.
- "Unser Leitbild ist das gleiche Recht aller Staaten, wie es die UN-Charta vorsieht." - Dieser Satz ist repetitiv und kann gestrichen werden.

- Die innenpolitische Lage, der zunehmende Totalitarismus und die Missachtung der Menschenrechte in Russland sowie unsere Haltung dazu fehlen bislang gänzlich. Dies sollte hinzugefügt werden, ebenso die Solidarität mit denjenigen, die sich für ein anderes Russland einsetzen.

## **A15 Georgien nicht zurücklassen**

Antragsteller\*in: Sonja Schiffers, Holger Haugk, Viola von  
Cramon, Maximilian Gercke, Marcel Ernst  
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsbehandlung

### **Antragstext**

1 Streichungen *kursiv/unterstrichen*, Einfügungen **fett/unterstrichen**

2 Z. 22 f: Wir haben einstimmig für einen EU-Kandidatenstatus der Ukraine und  
3 Moldau **sowie die Beitrittsperspektive für Georgien** gestimmt – und unterstützen  
4 die Aufnahme Finnlands und Schwedens in die NATO.

### **Begründung**

Es ist unklar, warum Georgien an dieser Stelle nicht erwähnt wird, sondern erst weiter unten im Text. Das suggeriert, dass wir Georgien weniger als Teil Europas und von der Aggression des Kremls betroffen betrachten. Zudem sollten wir die bereits entstandene Spaltung zwischen der Ukraine und der Republik Moldau auf der einen Seite und Georgien auf der anderen Seite nicht dadurch weiter vertiefen, dass wir Georgien gewissermaßen "zurücklassen". Stattdessen sollten wir deutlich machen, dass Georgien die gleiche politische Unterstützung für den Beitrittsprozess wie die Ukraine und Moldau genießt und dass die Verleihung des Kandidatenstatus für Georgien nur von der Bereitschaft der georgischen Regierung zur Erfüllung der EU-Kriterien abhängt.

## **A16 Diversifizierung von Lieferketten**

Antragsteller\*in: Melanie Müller, Marcel Dickow, Ottmar von  
Holtz, Sarah Brockmeier  
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsbehandlung

### **Antragstext**

1 Streichungen *kursiv/unterstrichen*, Einfügungen **fett/unterstrichen**

2 Z. 129 ff.:

3 Starke Abhängigkeiten beim Import von Rohstoffen und Bauteilen, aber auch das  
4 blinde Vertrauen auf vermeintlich störungsfreie Lieferketten gefährden unsere  
5 ökonomische Sicherheit und damit auch den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. **Wir**  
6 **setzen daher auf die Diversifizierung von Lieferketten und stärken vorrangig die**  
7 **Partnerschaften mit den Staaten, die als Wertepartnerinnen für die deutsche**  
8 **Außenpolitik gelten. Diese wollen wir so gestalten, dass sie unsere Interessen**  
9 **nicht einseitig befördern, sondern durch attraktive Angebote die Interessen der**  
10 **Partnerländer - wie lokale Wertschöpfung, faire Arbeitsplätze und nachhaltige**  
11 **Produktionsbedingungen - berücksichtigen, um so langfristig stabile Allianzen zu**  
12 **schmieden.**

### **Begründung**

Begründung mündlich

## **A17 Für weltweiten Klimaschutz und eine gemeinsame Klimaaußenpolitik**

Antragsteller\*in: Sebastian Stölting, Josephine Assmus,  
Baptiste Aguila, Imke Kügele, Marcel Ernst  
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsbehandlung

### **Antragstext**

1 Streichungen *kursiv/unterstrichen*, Einfügungen **fett/unterstrichen**

2 Z. 128a- neuer Absatz eingefügt:

3 **Für weltweiten Klimaschutz und eine gemeinsame Klimaaußenpolitik** (*Neue Abschnitt*  
4 *Überschrift*)

5 **Wir denken Klimaschutz europäisch und weltweit. Das weltweite Erreichen von**  
6 **Klimaneutralität sowie die Bewältigung von Klimafolgen ist die**  
7 **ressortübergreifende strategischen Priorität unseres internationalen politischen**  
8 **Handelns. Internationale Kooperation liefert die Grundlage für eine gemeinsame**  
9 **strategische Klimaaußenpolitik und sichert die Erreichung des 1,5 Pfads auf**  
10 **globaler Ebene. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir weiter mit allen**  
11 **Akteuren und Staaten weltweit die Einleitung und Einhaltung eines transparenten**  
12 **Fahrplans zur Bekämpfung der Klimakrise und Klimafolgen verhandeln. Dies macht**  
13 **gemeinsame politische, wirtschaftliche und technologische Anstrengungen**  
14 **notwendig. Wir verstehen Klimaaußenpolitik als Bestreben, in allen**  
15 **internationalen Kreisen die Folgen des Klimawandels vorzubeugen, abzumildern,**  
16 **und notfalls auszugleichen. Wir stärken die europäische Klimadiplomatie und**  
17 **unsere diplomatischen Fähigkeiten, in den internationalen Klimaverhandlungen -**  
18 **Conferences of the Parties - Erfolge zu erzielen. Internationale Kooperation ist**  
19 **die Grundlage für eine gemeinsame Klimaaußenpolitik, sie ist klimapolitisch**  
20 **notwendig, verfolgt die Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele, beugt**  
21 **Ressourcenkonflikten vor und sichert Frieden. Die Energiebedarfe steigen**  
22 **weltweit weiter an: Mit Klima- und Entwicklungspartnerschaften wollen wir**  
23 **Technologietransfer und Innovationen zur Klimaneutralität global vorantreiben.**  
24 **Wir unterstützen weltweit die nachhaltige Transformation aller Sektoren: Von der**  
25 **Landwirtschaft über die Industrie bis zum Dienstleistungs- und Energiesektor**  
26 **setzen wir uns für nachhaltige Produktionsstandards ein. Die europäische**  
27 **Klimaaußenpolitik wollen wir dadurch unterstützen, dass wir sowohl das**  
28 **Auswärtige Amt (AA) als auch den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD)**  
29 **aufstocken. Gerade auch in Zeiten des Krieges müssen eine feministische**

30 **Außenpolitik und Klimaaußenpolitik gemeinsam gedacht werden. Wir wollen**  
31 **bestehende globale Hierarchiestrukturen hinterfragen und ein Mainstreaming von**  
32 **Klimaschutz in der Außenpolitik erreichen.**

33 Z. 129 ff.:

34 Starke Abhängigkeiten beim Import von Rohstoffen und Bauteilen, aber auch das  
35 blinde Vertrauen auf vermeintlich störungsfreie Lieferketten gefährden unsere  
36 ökonomische Sicherheit und damit auch den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. **Zur**  
37 **Erreichung einer strategischen Unabhängigkeit, vor allem von**  
38 **menschenrechtsverletzenden Staaten, benötigen wir eine strategisch und**  
39 **europäisch gedachte Energie- und Klimaaußenpolitik. Erneuerbare Energien**  
40 **bedeuten für uns in Europa und Partner\*innen weltweit Sicherheit und**  
41 **Unabhängigkeit.**

## **Begründung**

Klimaaußenpolitik ist ein zentrales Konzept Grüner Außenpolitik - neben feministisch, europäisch, multilateralen Ansätzen muss die strategisch alle Sektoren umfassende Klimaaußenpolitik im Antrag eine eigenen Absatz samt Überschrift - analog zur davor eingeführten feministischen Außenpolitik erhalten

## **A18 Zusammenarbeit mit Afrika und Lateinamerika intensivieren**

Antragsteller\*in: Melanie Müller, Ingo Henneberg, Ottmar  
von Holtz  
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsbehandlung

### **Antragstext**

1 Streichungen *kursiv/unterstrichen*, Einfügungen **fett/unterstrichen**

2 Z. 89 ff.:

3 Ein zentraler Bestandteil unseres Verständnisses von Sicherheit ist auch eine  
4 feministische Außenpolitik. Sie steht für die Umsetzung der Menschenrechte  
5 aller, die Gleichberechtigung der Geschlechter, die Überwindung struktureller  
6 Ungleichstellung marginalisierter Gruppen – beispielsweise von Indigenen, von  
7 Rassismus Betroffenen oder LSBTIQ\* –, für die gerechte Verteilung von Macht und  
8 Ressourcen sowie ein Leben in Würde und Selbstbestimmung aller. Zahlreiche  
9 Forschungen belegen einen starken Zusammenhang zwischen  
10 Geschlechtergerechtigkeit und Frieden. Die Überwindung der vorherrschenden  
11 strukturellen Gewalt gegen Frauen und marginalisierte Gruppen ist Voraussetzung  
12 für nachhaltigen Frieden und umfassende menschliche Sicherheit. Unsere  
13 Außenpolitik und alle Politikfelder müssen daher in Kooperation mit  
14 feministischen Akteur\*innen ausnahmslos und institutionell verankert  
15 intersektional-feministisch ausgerichtet werden. **Hierzu suchen wir den**  
16 **Schulterschluss mit Akteur\*innen auf der ganzen Welt und intensivieren**  
17 **insbesondere die Zusammenarbeit mit jenen in Afrika und Lateinamerika.**

## **A19 Auch wissenschaftliche Kooperation benennen**

Antragsteller\*in: Melanie Müller, Marcel Ernst  
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsbehandlung

### **Antragstext**

1 Streichungen kursiv/unterstrichen, Einfügungen **fett/unterstrichen**

2 Z. 94 ff.:

3 Mittel für zivile friedensfördernde Maßnahmen – beispielsweise im Rahmen der  
4 zivilen Krisenprävention, partnerschaftlicher Entwicklungszusammenarbeit,  
5 humanitärer Hilfe oder zivilgesellschaftlicher **und**  
6 **wissenschaftlicher** Kooperationen wie Austauschprogrammen und dekolonialen  
7 Initiativen – müssen gerade angesichts der aktuellen Weltlage umfassend und  
8 adäquat aufgestockt werden. Dies gilt auch für Frühwarnsysteme für Konflikte und  
9 gestärkte Analysefähigkeit. Durch solche zivile Maßnahmen können strukturelle  
10 Marginalisierungen, Konflikte und damit menschliches Leid in ihrer Intensität  
11 langfristig reduziert oder gar verhindert werden. Dies führt zu nachhaltiger  
12 Stabilisierung und einer Verbesserung der Menschenrechtslage in den betroffenen  
13 Staaten und Regionen.

### **Begründung**

Aufgrund der aktuellen Kürzungen bei wissenschaftlichen Austauschprogrammen sollte an dieser Stelle die wissenschaftliche Kooperation noch einmal explizit benannt werden



## **A20 Folgen der Pandemie benennen**

Antragsteller\*in: Melanie Müller, Sarah Brockmeier,  
Sebastian Stölting, Marcel Dickow, Ingo  
Henneberg, Ottmar von Holtz  
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsbehandlung

### **Antragstext**

1 Streichungen *kursiv/unterstrichen*, Einfügungen **fett/unterstrichen**

2 Z. 50 ff.:

3 Diese Entwicklung verschlimmert die soziale und wirtschaftliche Situation gerade  
4 in den Staaten, die bereits durch die Klimakrise **und die sozioökonomischen**  
5 **Folgen der Covid-Pandemie** mit großen Versorgungskrisen zu kämpfen haben, und  
6 erhöht das Risiko interner Konflikte. Diesem perfiden Versuch Putins, die  
7 Weltgemeinschaft zu spalten, müssen wir mit verstärkter Kooperation zwischen den  
8 Demokratien und mehr multilateralem Engagement bei der Bewältigung der globalen  
9 Krisen entschieden entgegentreten – insbesondere in den Bereichen Klimaschutz  
10 und Energie, Ernährung und Konfliktbearbeitung. Denn die weltweite Sicherheit  
11 hängt nicht vom simplen „für oder gegen“ Russland und China ab, sondern von der  
12 Frage, wer das Völkerrecht und damit die Gleichberechtigung aller Staaten als  
13 Grundlage für die internationale Friedensordnung akzeptiert, respektiert und  
14 verteidigt; und welche Staaten stattdessen auf eine Politik des  
15 Großmachtstrebens setzen. Als Grüne treten wir entschlossen für die in der  
16 Charta der Vereinten Nationen verankerten Prinzipien des internationalen Rechts  
17 ein. Wir werden es nicht zulassen, dass Freiheit durch Unterdrückung, Demokratie  
18 durch Diktatur und Würde durch Erniedrigung ersetzt werden.

### **Begründung**

Viele Staaten leiden nach wie vor unter den gravierenden Folgen der Coronakrise. Dies wird im Leitantrag des Bundesvorstandes nicht hinreichend berücksichtigt und sollte mindestens auch an dieser Stelle explizit benannt werden.

## **A21NEU** Transparenzpflichten der Regierung bei Rüstungsexporten gesetzlich verankern

Antragsteller\*in: Marcel Dickow, Melanie Müller

Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsbehandlung

### **Antragstext**

1 Streichungen *kursiv/unterstrichen*, Einfügungen **fett/unterstrichen**

2 Zeile 380 ff.:

3 Als Grüne setzen wir uns seit langem für eine restriktive, transparente und  
4 verantwortungsvolle Rüstungsexportpolitik ein. Für uns *ist die Ausfuhr von*  
5 *Waffen* **und Rüstungsexporte** kein Instrument der Industriepolitik. Die Regelungen  
6 zur Rüstungsexportkontrolle auf deutscher Ebene wollen wir mit einem  
7 Rüstungsexportkontrollgesetz stärken, **das insbesondere Transparenz über die**  
8 **erteilten Genehmigungen und ihre jeweilige inhaltliche Begründung sowie über die**  
9 **tatsächliche Ausfuhr von Kriegswaffen und Rüstungsgütern schafft. Weiterhin**  
10 **werden wir** *und* uns **dafür einsetzen**, auf EU-Ebene *dafür einsetzen*, **und für**  
11 **gemeinsame Rüstungskoperationen** ein verbindliches, **im Einklang mit den acht**  
12 **Kriterien des Gemeinsamen Standpunktes der EU nachvollziehbares** Regime zur  
13 europäischen **und gemeinsamen** Waffenexportkontrolle zu **schaffen** **implementieren**.  
14 Die von uns stets eingeforderte restriktive Rüstungsexportpolitik **entlang**  
15 **strategischer außen- und sicherheitspolitischer Erwägungen** bleibt der Maßstab  
16 unseres Handelns. Das bedeutet, dass Exporte von Waffen an Diktaturen und  
17 Menschenrechtsverletzer\*innen beendet werden müssen.

## **A22 Präzisierung zur Stärkung eines eigenständigen europäischen Rüstungssektors**

Antragsteller\*in: Daniel Hecken, Imke Kügele, Ingo  
Henneberg  
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsbehandlung

### **Antragstext**

1 Streichungen *kursiv/unterstrichen*, Einfügungen **fett/unterstrichen**

2 Zeile 400 ff.:

3 Um das beschlossene Sondervermögen sinnvoll nutzen zu können, müssen das  
4 Beschaffungswesen reformiert und die Beschaffungsmaßnahmen beschleunigt werden.  
5 Das beschlossene Beschaffungsbeschleunigungsgesetz ist hierfür ein erster  
6 wichtiger Schritt. Weitere Schritte in Richtung vertiefter europäischer  
7 Zusammenarbeit müssen folgen. Vor diesem Hintergrund ist auch die Stärkung eines  
8 eigenständigen europäischen Rüstungssektors von Bedeutung, um die  
9 Voraussetzungen für die materielle Stärkung und Aufrechterhaltung der Bündnis-  
10 und Landesverteidigung sowie des verteidigungsbedingten Bedarfs unserer Partner  
11 zu schaffen. Dazu gehörtgehören insbesondere Planbarkeit und die Konsolidierung  
12 der europäischen Rüstungsindustrie – und dass Beschaffungen europäisch gedacht  
13 werden sollten, denn nationale Alleingänge sorgen nicht nur für höhere Preise,  
14 sondern auch für eine geringe Kompatibilität und Interoperabilität zwischen den  
15 Streitkräften.

### **Begründung**

Es bedarf Maßnahmen und industriepolitische Voraussetzungen, um auch die materiellen Voraussetzungen für die Stärkung und Aufrechterhaltung der Bündnis- und Landesverteidigung sowie der verteidigungsbedingten Bedarfe unserer Partner zu erfüllen. Insbesondere, sofern diese Voraussetzungen nicht durch industriepolitische Rüstungsexporte gestützt werden sollen.